



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XXII/1A - 17. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Moskauer Gespräche</u> Noch kein Lichtpunkt in Sicht	45
2 - 3	<u>Die EEC und Afrika</u> Ein Interview mit dem Präsidenten der beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg Von Günter Markscheffel	86
4 - 5	<u>Belastung des Rechtsstaates</u> Fall Schlogelberger und kein Ende	63
6	<u>Wissenschaftler im größten % der Welle</u> "Störfrequenz" nennt man das	42
7	<u>Er trennt nicht mehr</u> Saar - Schneider und die SPD	28

* * *

* *

Hoskauer Gespräche

Noch kein Lichtpunkt in Sicht

so - Noch ist es schwer zu erkennen, ob es gelingen wird, in der Berlinfrage zu einer für beide Seiten befriedigender Lösung zu gelangen. Was über den Inhalt der bisher geführten Gespräche des amerikanischen Botschafters in Moskau, Thompson, mit dem sowjetrussischen Außenminister Gromyko an Bruchstücken in die Öffentlichkeit gelangte, gibt auch zu einem bescheidenen Optimismus keinen Anlaß. Gromyko beharrte bisher in vollem Umfang auf der starren Haltung, die Moskau in den letzten Jahren in seiner Deutschlandpolitik eingenommen hat. Es besteht auf der Anerkennung der Pankowregierung durch die Westmächte, auf die Verwandlung Westberlins in eine "freie Stadt", mit einem Status, der auch der Sowjetunion das Recht gibt, Truppen in Westberlin zu unterhalten. Das alles ist höchst unerfreulich und bedrückend.

Ist die harte und negative Haltung der Sowjetunion auf innere Auseinandersetzungen im Krenl zurückzuführen? Der amerikanische Außenminister, der sicherlich über gute Informationsquellen verfügt, hat darüber einige aufsehenerregende Äußerungen gemacht. Danach legt sich immer schwerer der Schatten Chinas auf Moskau, wird Chruschtschow hart von den Stalinisten bedrängt. Darin mag schon etwas Wahres sein, es wäre jedoch verfehlt, darauf Hoffnungen zu setzen. Die russischen Deutschlandziele bleiben davon mehr oder weniger unberührt, wie aus dem letzten Memorandum hervorgeht. Steht ihnen ein geschlossener Wille der Westmächte gegenüber? Das läßt sich leider nicht bejahen. Es gibt keine einheitliche Verhandlungsposition, innerhalb der westlichen Alliierten bestehen nicht geringe Meinungsverschiedenheiten über - von Grundfragen abgesehen - die Ausschauung von Berlinverhandlungen überhaupt. Dennoch darf die Suche nach Ansatzpunkten nicht erlassen. Zuviel steht für die Freiheit der Westberliner, der Bundesrepublik und Europas auf dem Spiel. Die neuen, an keinen alternativen Charakter gebundenen Instruktionen Thompsons geben einen, wenn auch äußerst schmalen Verhandlungsraum. Ihn gilt es, nach Kennedy, "der genauesten Untersuchung und Prüfung" zu unterziehen, ehe man zu einem abschließenden Urteil gelangen könne.

Über die bisherigen Gespräche Thompsons wurde der Oppositionsführer von Bundeskanzler reichlich spät unterrichtet. Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung versichert, sie werde, zum Unterschied vergangener Jahre, die Opposition frühzeitig und umfassend über alle internationalen Vorgänge informieren. Das ist bisher nur mangelhaft geschehen. Wie können wir von Westen eine klare einheitliche Deutschlandpolitik erwarten, wenn wir selbst nicht imstande sind, unser von schweren Schicksalen bedrohtes Haus in Ordnung zu halten? Dazu gehört das Mitspracherecht der Opposition in Schicksalsfragen der Nation. Der schwere Kampf Berlins sollte für die Regierung Mahnung sein, auch die Opposition bei der Formulierung von Entscheidungen heranzuziehen, die das Leben der ganzen Nation berühren. Sonst geht die Regierung mit geschwächter Kraft in das schon entbrannte Ringen um unsere nationale Selbstbestimmung, die zu bestehen es der äußersten Anstrengung aller Kräfte bedarf.

Die EWG und Afrika

Ein Interview mit dem Präsidenten der beratenden
Versammlung des Europarates in Straßburg

Der Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Günter Markscheffel, befindet sich derzeit im Auftrage der Sozialistischen Internationale auf einer zwei-wöchigen Afrikareise, um die Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit mit den dort bestehenden sozialistischen Parteien und Gruppen im Rahmen der Internationale zu sondieren. Ein glücklicher Zufall führte ihn auf seiner ersten Station mit dem Präsidenten der beratenden Versammlung des Straßburger Europarates, Professor Furler, zusammen. Prof. Furler hat am Interparlamentarisch-Europäisch-Afrikanischen Kongress, der Mitte Januar in Abidjan tagte, teilgenommen. Im folgenden Interview gibt er seinen Eindruck über den Verlauf dieser Tagung, der ersten ihrer Art, wieder.

(Die Redaktion)

Herr Präsident, Sie haben jetzt die sehr wichtige Konferenz zwischen europäischen und afrikanischen Parlamentariern beendet und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns sagen würden, wie Sie den Gesamtverlauf der Konferenz beurteilen.

Präsident Furler: Ich glaube, sagen zu können, daß diese Konferenz ganz ausgezeichnet verlaufen ist. Wir sind schon am Montag nach kurzen, ein-führenden mehr geschäftsordnungsmäßigen Debatten in den Kern der Fragen vorgestoßen, sind bei diesem Kern geblieben. Wir haben uns nicht un-verständlich unterhalten, sondern die Probleme hart angepackt und sind so einer völlig einmütigen Haltung gelangt.

Markscheffel: Die abschließende Resolution zeigt an einigen Punkten, daß es natürlich auch einige Schwierigkeiten gegeben hat. Wie beurteilen Sie diese Schwierigkeiten, Herr Präsident?

Präsident Furler: Die Sache war folgende: Wir haben mit dem Europäi-schen Parlament die große vorbereitende europäisch-afrikanische Konfe-renz in Straßburg gehabt und haben dort die Basis gelegt für den Auf-bau der neuen Assoziation zwischen den afrikanischen Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wir haben unsere Entschlüsse-ungen an alle Regierungen gegeben, an alle Parlamente, die Parlamente haben sie akzeptiert. Man sah wir uns gezwungen, die Dinge rascher vorwärts-zutreiben. Man haben die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten der EWG einige Zeit verloren - das Bessere will ich hier nicht behandeln - . Dann trafen die Minister der sechs EWG-Staaten und die Minister der 16 Staaten am 6. und 7. Dezember zusammen. Dort war bald deutlich, daß die europäischen Regierungen über gewisse Grundfragen noch nicht einig werden konnten. Sie haben manches von unseren Vorschlägen akzeptiert; es waren hauptsächlich zwei Punkte, in denen eine Übereinstimmung nicht

erzielt werden konnte.

Das war einmal die Frage der Präferenzen für Kaffee usw., die Handelsbeziehungen, die Überleitung der bisher Frankreich zukommenden Handelsbeziehungen auf die Gemeinschaft und dann der Entwicklungsfonds. Diese Pariser Konferenz hat, wie man hier merkte, in afrikanischen Kreisen eine Enttäuschung verursacht. Es war nun unsere Aufgabe, sich darüber ganz offen auszusprechen.

Es war festzustellen, daß die europäischen Parlamentarier wie die Mitglieder der afrikanischen Delegationen dieses Ausschusses völlig einmütig über drei Punkte waren: Einmal, daß wir auf den in Straßburg aufgestellten Zielen bestehen, zweitens, daß wir verlangen, daß gerade diese Schwierigkeiten im Interesse einer positiven Haltung zur Association gelöst werden - wir können uns ja nicht erlauben, die afrikanischen Freunde in Stich zu lassen in diesem Übergangsstadium, wir müssen ihnen eine Chance geben - und drittens, daß wir uns als ständiger Ausschuss weiter in die Entwicklung einschalten.

Marckscheffel: Herr Präsident, wie beurteilen Sie nun die Chancen des weiteren Verlaufs der Entwicklung für die sicher von allen beteiligten Parlamentariern erhoffte Überwindung der von Ihnen erwähnten Schwierigkeiten?

Präsident Forler: Ich glaube, daß wir spätestens Ende dieses Jahres den neuen Associations-Vertrag auf der Basis der Straßburger Beschlüsse haben werden; also in der Form, die die afrikanischen Staaten befriedigt. Ich habe bei meinem Besuch im Senegal mit dem Präsidenten Senghor gesprochen, ich hatte mehrere Besprechungen mit dem Staatspräsidenten der Elfenbeinküste, der ein führender, sehr einflußreicher und moderner Staatspolitiker ist. Ich habe die Auffassung gewonnen, daß wir hier Musterbeispiele für eine neue afrikanische Entwicklung haben, die auf die Wirtschaft mindestens derjenigen Gebiete, die mit uns associiert sind, Einfluß haben. Ich bin überzeugt, daß diese relativ geringen Hemmungen, die man noch in Brüssel hat, in der Gestaltung der Verträge überwunden werden können. Dieses Werk, an dem wir arbeiten, ist zu wichtig, als daß wir uns leisten könnten, es an den vorübergehend aufgetretenen Schwierigkeiten scheitern zu lassen.

Marckscheffel: Ich danke Ihnen, Herr Präsident, und ich hoffe, daß Ihr Optimismus bald gerechtfertigt wird.

* * *

Belastung des Rechtsstaates

sp - Die Justiz selbst, die hohen Gerichte sind es oft, die ein Heranführen der Bevölkerung im freiheitlichen Rechtsstaat Bundesrepublik an dieses Recht so schwer machen. Wir haben es im Fall Heyde/Sawade am Beispiel mancher Richter und Staatsanwälte in hohen Positionen erlebt. Wir erleben es gegenwärtig wohl in einer grotesken Übersteigerung am Fall des unter Hitler im Amt gewesenen Reichsjustizministers Dr. Franz Schlegelberger, der nunmehr in das 87. Lebensjahr tritt und in verbitterter Manier um seine hohen Ruhestandsbezüge kämpft.

Es ist bekannt, daß Schlegelberger am 4. Dezember 1947 durch den Militärgerichtshof III in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden ist, weil er unter anderem die Polen- und Juden-Strafrechtsverordnung verantwortete, welche die Einrichtung der Konzentrationslager im Osten rechtlich ermöglichte. Es ist ebenso bekannt, daß er seit dem 1. April 1951 rund 370 000 DM als Ruhestandsbezüge von unseren Staat um und unseren Steuern erhalten hat.

Hierzu sei noch einmal an das Urteil der 4. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom 8. November 1950 erinnert, welches dem schleswig-holsteinischen Finanzminister auflegte, die Schlegelberger am 5. September 1950 gesparten Bezüge weiterhin in Höhe von 2.664,38 DM monatlich zu zahlen, über 21 000 DM nachzuzahlen und mit sechs Prozent zu verzinsen. Groteske Begründung: Schlegelberger hat das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit damals gefehlt.

Inzwischen sind neue Tatbestände bekannt geworden, die zum Teil in Nürnberg nicht abgeurteilt worden sein dürften und zu der Frage berechtigen, wo denn die neue Strafverfolgung bleibt. Bei dem bisherigen Verwaltungsgerichtskrieg mit erstarrlich weit auseinanderliegenden Gerichtsvermuten sind jedenfalls nicht jene Führerinformationen hochgenommen, in denen der damalige Nationalsozialist Schlegelberger "seinem Führer" über Rechtsgeschichte in Ublen, nationalsozialistischer Manier berichtete. Auch eine Serie von Ablehnungsentscheidungen dürfte Schlegelberger erheblich belasten. Von Sondergerichten oft wegen Bagatelldingen

zum Tode verurteilten Mürnern auch des Widerstandes, lehnte Schlegelberger jegliche Begnadigung ab und ließ der "Gerechtigkeit" freien Lauf.

Schließlich ist nunmehr im Fall Heyde/Sawade bekannt geworden, daß jener fanatische NS-Jurist Schlegelberger am 23. und 24. April 1941 im Reichsjustizministerium eine Konferenz höchster Juristen, Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten leitete, in der die verbrecherische Euthanasie Hitlers behandelt, erörtert und letztlich legalisiert wurde.

Diese inzwischen hochgekommenen Details scheinen aber die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Norden nicht sonderlich zu bewegen. Am 27.3.1961 entschied der 5. Senat des Obergerichtes in einer Zwischenbescheid in Lüneburg lediglich, Schlegelberger habe vom schleswig-holsteinischen Finanzminister keine Nachzahlungen zu bekommen. Ihm seien aber 50 Prozent seiner Bezüge, und zwar 1 942,04 DM monatlich auszuzahlen, einen Satz, den sonst straffällige Beamte noch erhalten.

Seit dem 27.3.1961 aber wartet man schon zehn Monate auf den endgültigen Entscheidungstermin in Lüneburg. Die hohen Verwaltungsrichter in der Heide-Stadt haben immer noch keinen Termin zur Frage "Ruhegeld ja oder nein" angesetzt. Das Geld an Schlegelberger fließt weiter und um die strafrechtliche Seite kümmert sich offenbar niemand mehr.

Der jetzt für den Fall Schlegelberger verantwortliche Innenminister zu Schleswig-Holstein hat sogar den Spezialisten für Verwaltungsrecht, den Bonner Rechtsanwalt Dr. Redeker, Sozium des bekannten Professors Dahn, eingeschaltet. Jetzt jedenfalls kann man der Regierungsspitze in Kiel nicht mehr den Vorwurf machen, daß sie nicht alles täte, um die Affäre Schlegelberger zu bereinigen, die unseren Rechtsstaat so sehr belastet. Die Verantwortung aber liegt nur bei der Justiz.

* * *

Wissenschaftler im größten KZ der Welt

N.K. - Der sowjetzonale Professor Dr. Hermann Klare, der als "Vorsitzender des Kuratoriums und des Vorstandes der Forschungsgemeinschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften fungiert", erläuterte auf einer Direktoren-Konferenz dieser sogenannten Forschungsgemeinschaft einen Beschluß des "Präsidiums der Deutschen Akademie der Wissenschaften" in Ostberlin.

Dieser Beschluß besagt, daß "der Reiseverkehr von Wissenschaftlern nach Westdeutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages und bis zur Herstellung geordneter und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ausgesetzt wird". Es hat dem Herrn Klare sichtlich schmerzlich gefallen, einen solchen Beschluß vor Wissenschaftlern und Forschern zu begründen.

Es ginge darum, meint Herr Klare, daß "unsere gesamte Arbeit, unsere Volkswirtschaft, unsere Kultur und Wissenschaft, Lehre, Forschung und Praxis unabhängig von störenden Einflüssen aus westlichen Ländern" gesichert wird, um schon im übernächsten Satz zu sagen: "Wir werden es nicht dulden, durch mangelnde Reisetätigkeit den Anschluß an die Spitze der Weltwissenschaft zu verlieren". Diese Maßnahmen besagten aber keinesfalls, daß die "DDR und damit die Wissenschaftler der DDR sich in die Isolierung begeben wollen" erläuterte Klare weiter, um dann hinzuzufügen: "Ich glaube, daß es für die Arbeit nicht nachteilig sein kann und wird, wenn wir in eine Periode geringerer Reisetätigkeit eintreten".

Es muß für einen Akademiker schwer sein, vor Akademikern Urlaubtsverbote begründen zu müssen. Vor allem dann, wenn er selbst reist und sagt, daß immerhin von den Wissenschaftlern allein 49,8 % jährlich Kongresse und Tagungen in der Bundesrepublik besucht haben. Jeder zweite also, und wenn wir die vielen anderen hinzurechnen, die aus guten Gründen ihre Teilnahme drüben verschwiegen haben, so dürfte die Zahl noch beträchtlich höher gelegen haben. "Störfreimachung" nennt man gelesenen den brutalen Eingriff in die wissenschaftliche Arbeit in Form von generellen Reiseverbot ins "westliche Ausland".

Betroffen von diesen engstirnigen Beschlüssen ist die gesamte Bevölkerung der Sowjetzone; denn Wissenschaftler forschen und betreiben die Wissenschaften nicht ihrer selbst wegen. Das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit kommt allen zugute - oder aber wird allen versagt. Ginge es nur um die Einbuße einer jährlichen Fahrt von Wissenschaftlern in den freien Westen, es wäre angesichts der Tatsache, daß längst nicht mehr Sohn zu Vater, Schwester zu Bruder, Verwandte also zu ihren Verwandten kommen dürfen, kaum erwähnenswert. Aber auch dieses letzte Verbot ist genau wie das Verbot des Verwandtenbesuches eine unmenschliche, eine böse Sache. Und deshalb muß sie als der unsichtbare Fortsatz und Folgeerscheinung des Stacheldrahtes und der Mauer angeprangert werden.

* * *

Er trommelt nicht mehr

Edt. - Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Saar, Landesverband der FDP, Dr. Heinrich Schneider, ist von seinem Amt zurückgetreten. Er hat "parteiinterne Meinungsverschiedenheiten" als Grund für seinen Rücktritt angegeben und will seine Mandate als Abgeordneter sowohl des Bundestages wie des saarländischen Landtages weiterhin wahrnehmen. Anfang Februar wird der erweiterte Landesvorstand der Partei, deren "Chef" Schneider bisher war, die organisatorischen Konsequenzen ziehen. Mit diesem Schritt dürfte Dr. Schneider die vorletzte Stufe seines Ausscheidens aus der Politik hinaabgeschritten sein.

Der Anfang von Ende begann bei den letzten Saarwahlen, die für Schneiders Partei kläglich ausgingen. Schneider, der sich im Abstimmungskampf um die Saar gewisse Verdienste erworben hat, ist offensichtlich doch einer von jenen "Politikern", die der Sache nicht ganz gewachsen sind - was das Wahlvolk früher oder später immer merkt. "Trommler" Schneider gehört zu jenen Leuten, die mit primitiven Mitteln eine Zeitlang Eindruck machen, die aber eine ernsthafte politische Auseinandersetzung auf die Dauer nicht durchstehen. Freidemokrat Döring hat seinerzeit gemeint, die FDP brauche Heinrich Schneider. Aber Heinrich Schneiders Ruhm begann zu verblasen, seit er der FDP beitrug. Jetzt bedeuten die "parteiinternen Meinungsverschiedenheiten" bei den Freidemokraten an der Saar nichts Gutes für die ganze FDP.

Auf dem Stuttgarter FDP-Parteitag hatte Schneider seinerzeit noch verkündet, die Freidemokraten müßten "den absoluten Willen haben, eine Massenpartei zu werden". Um dieses Ziel zu erreichen, empfahl er, die Politik nach einem bekannten Vorbild so primitiv wie möglich darzubieten. Aber diese Primitivität wird erstens nicht jeden abgenommen und zweitens - wachsendes politisches Verständnis in unserem Volke vorausgesetzt - keiner Partei auf die Dauer gut bekommen.

* * *

Verantwortlich: L.A. Albert Exler